



Oktober 2022

ZUTAGE GEFÖRDERT



Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Freundinnen und Freunde,

es sind schwere Zeiten, das lässt sich wohl nicht leugnen. Zuerst Corona, dann der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundenen hochschnellenden Energiepreise. Die Zukunft erscheint für viele Menschen also gerade immer unsicherer. Allen Unsicherheiten zum Trotz, kämpfe ich auch weiter für mehr Wohlstand und mehr sozialen Ausgleich. Gerade jetzt sind Schritte für ein sozialeres Europa umso wichtiger!

Und so gibt es Erfreuliches von meiner Arbeit aus Brüssel zu berichten, denn im September hat das Europäische Parlament der Mindestlohn-Richtlinie, in der faire Löhne für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU gefordert werden, zugestimmt. Sozialdumping und Armut, trotz der 40-Stundenwoche, wurden in der EU leider immer mehr zur Realität und das darf nicht sein! Ich finde: Wer arbeitet muss auch seinen Lebensunterhalt davon bezahlen können! Ein Punkt, der aus meiner Sicht für ein sozialeres Europa unabdingbar ist.

Zudem hat die Europäische Kommission, auf Initiative der

Europäischen Volkspartei, eine Pflegestrategie vorgestellt, die Empfehlungen für eine europaweite Verbesserung der Situation der Betreuungs- und Pflegebedürftigen ausspricht. So sollen hochwertige, bezahlbare und leicht zugängliche Pflege- und Betreuungsdienste in der gesamten EU gewährleistet werden.

Mehr über meine Arbeit in Brüssel und Straßburg sowie vor Ort bei uns im Ruhrgebiet erfahren Sie weiter unten.

Ich wünsche viel Freude bei der Lektüre.

Bleiben Sie aus erster Hand informiert und folgen Sie mir auch auf meinen Social-Media-Kanälen oder besuchen Sie meine Website (Facebook: [@DennisRadtkeMdEP](#), Instagram: [@dennisradtkemdep](#), Twitter: [@radtkemdep](#), Website: www.dennis-radtke.eu).

Herzliche Grüße und Glückauf,

Ihr

Dennis Radtke, MdEP



AUS DEM RUHRGEBIET

Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Mit großer Freude blicke ich auf den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen zurück. Gemeinsam mit Ihnen haben wir es geschafft, dass Hendrik Wüst weiterhin unser Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen bleibt. Ich möchte mich bei Ihnen für den wochenlangen, unermüdlichen und engagierten Einsatz im Wahlkampf genauso wie für die zahlreichen guten Begegnungen und Erlebnisse bedanken. Wir haben gemacht, worauf es ankommt!

Als CDU in Nordrhein-Westfalen sind wir gut aufgestellt. Es sich lohnt für die Werte und Positionen der CDU zu werben. 35,7%: das ist ein grandioses Ergebnis! Ich habe mich sehr gefreut, dass ich gemeinsam mit weiteren Kolleginnen und Kollegen aus der CDU und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an den Koalitionsverhandlungen mitwirken durfte. Ich persönlich denke, dass die Themen im Bereich meines Verhandlungsfeldes „Klimaschutz, Energie und Wirtschaft“ im Wesentlichen eine starke CDU-Handschrift tragen. Den gesamten Koalitionsvertrag finden Sie [hier](#).

Besuch aus der Heimat im

Europäischen Parlament

In den vergangenen Monaten konnte ich – nach fast zweijähriger Pause aufgrund der Regelungen im Umgang mit dem Corona-Virus – wieder einige Besuchergruppen aus der Heimat im Europäischen Parlament empfangen. Darunter waren Vertreter von Glaubensgemeinschaften, wie dem Alevitischen Freundeskreis, Vertreter der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Europa des Regionalverbandes Ruhr (RVR) sowie Unternehmerinnen und Unternehmer und Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter aus dem Ruhrgebiet. Der persönliche Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlbezirk ist mir sehr wichtig und hilfreich bei der Ausübung meiner Abgeordnetentätigkeit. Denn so bekomme ich mit, wo bei den Bürgern der Schuh drückt. Daher freue ich mich sehr, nun wieder Besuchergruppen auch im Parlament empfangen zu können

#EUSommerTour Ruhr 2022

Die parlamentarische Sommermonate habe ich dazu genutzt, noch stärker vor Ort präsent zu sein. Meine #EUSommerTour Ruhr 2022 beinhaltete zahlreiche Stops in den Städten und Kreisen des Ruhrgebiets. Dabei konnte ich mich mit Vereinen, Landwirten, Gastronomen, Schülern, Unternehmern, Arbeitnehmern, Betriebsräten, Künstlern, Handwerkern, Spediteuren, Startups, CDU-Mitgliedern und vielen weiteren Gesprächspartnern austauschen, welche mir Ihre Sorgen und aktuellen Herausforderungen mitteilten. Mir ist es wichtig Politik zu machen, die stets an den Alltagsorgen und Lebensrealitäten der Menschen orientiert ist. Daher versuche ich auch immer möglichst viel vor Ort bei den Menschen zu sein und ihre berechtigten Anliegen in die Politik in Brüssel und Straßburg einzubringen.

European Youth Week in Brüssel

In diesem Jahr fand erneut die European Youth Week in Brüssel statt. Gleich drei junge, politisch interessierte Menschen aus dem Ruhrgebiet konnte ich hierzu nach Brüssel schicken: Elena Thomaßen aus Essen, Marcel Helmchen aus Mülheim an der Ruhr und Vanessa Vohs aus Bottrop. Themen waren bei dem Kongressformat für Jugendliche unter anderem Nachhaltigkeit, Gesellschaft und Herausforderungen der Demokratie. Ich freue mich, dass die drei dabei waren und in Brüssel neue Erfahrungen sammeln konnten.

Europafest unterm Förderturm

Den Abschluss des Sommers bildete das Europafest, zu welchem ich auf das Gelände der Zeche Holland in Wattenscheid geladen habe. Über 150 Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Medien und Politik waren meiner Einladung gefolgt. Glücklicherweise haben wir die letzten Sommertage mit gutem Wetter, viel Sonne und angenehmen Temperaturen für diesen Anlass erwischt. Ein voller Grill und kühle Getränke sorgten für den entsprechenden Rahmen. Michael Ragsch befragte mich beim Europa-Talk zu persönlichen Dingen und aktuellen europa- und sozialpolitischen Herausforderungen. Und natürlich beantwortete ich auch im persönlichen Gespräch die Fragen, die den

Gästen schon lange unter den Nägeln brannten. Vielen Dank, dass so viele von Ihnen mit dabei waren!



Ein Anfang ist gemacht für ein sozialeres Europa: Mindestlohn-Richtlinie angenommen!

Es ist jetzt drei Jahre her, dass die ersten Diskussionen rund um ein mögliches EU-Gesetz zur Verbesserung der Mindestlöhne in Europa angestoßen wurden. Fast zwei Jahre davon habe ich selbst, gemeinsam mit MdEP Agnes Jongerius von der S&D, als Co-Berichtersteller des Europäischen Parlaments an dem konkreten Text gearbeitet und mit Rat und Europäischer Kommission um die allerkleinsten Details gerungen. In der Nacht zum 7. Juni 2022 hatten wir eine vorläufige Einigung erzielt, die letzten Monat in Straßburg jetzt endlich auch ganz formell bestätigt wurde.

Denn am 14. September haben wir Abgeordnete im Europäischen Parlament den für uns letzten und entscheidenden Schritt gemacht und die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der EU mit einer wirklich überwältigenden Mehrheit verabschiedet (505 Ja-Stimmen, 92 Nein-Stimmen, 44 Enthaltungen). Ein tolles Signal, wie ich finde, gerade in diesen schwierigen Zeiten, das zeigt: Europa schaut nicht zu, sondern kümmert sich und macht endlich Ernst mit der Sozialen Marktwirtschaft!

Wie schon in meinem letzten [Newsletter](#) geschrieben: Diese Richtlinie wird gesetzliche Mindestlöhne in Europa nicht zentralistisch aus Brüssel festlegen. Bei einem Brutto-Jahresdurchschnittseinkommen von beispielsweise 12.600 Euro in Rumänien vs. 59.700 Euro in Luxemburg macht das so ja auch gar keinen Sinn. Hauptziel des Rahmenwerks ist es vielmehr, die Tarifbindung in Europa zu steigern, Sozialpartnerschaften zu stärken, mit klaren Vorgaben für die Mitgliedstaaten, und Mindeststandards für die Festsetzung und Aktualisierung von gesetzlichen Mindestlöhnen festzusetzen.

Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, die Vorgaben der Richtlinie umzusetzen. Aber was bedeutet das konkret für die Menschen in Deutschland und für unser Ruhrgebiet?

Zumindest was den gesetzlichen Mindestlohn betrifft, könnte es zunächst einmal nur wenige konkrete Änderungen geben. Im Oktober 2022 ist dieser in Deutschland ja bereits auf 12 Euro die Stunde angestiegen, was so weitgehend auch den Empfehlungen

der Richtlinie entspricht. (Was viele übrigens nicht wissen: Die Ampel hatte sich bei der Ankündigung dieser Erhöhung im Koalitionsvertrag explizit auf unser Vorhaben bezogen.) Bezüglich der Arbeit der Mindestlohnkommission bleibt aber noch vieles im Unklaren. Deswegen habe ich eine parlamentarische Anfrage an den Bundestag gestellt, um herauszufinden, was sich bei der Festsetzung des konkreten Lohnniveaus in Zukunft ändern wird.

In einer ganz entscheidenden Sache wird die Richtlinie aber bald einen Unterschied machen: Deutschland muss sich darum bemühen, dass die Tarifbindung hierzulande wieder deutlich ansteigt, die derzeit ja gerade mal auf einem kläglichen Niveau von etwa 50 Prozent liegt. Denn die neuen EU-Vorgaben sehen vor, dass die Mitgliedstaaten mit einer Tarifbindung unter 80 Prozent einen Aktionsplan zur Förderung von Tarifverhandlungen erstellen müssen, inklusive klarem Zeitplan und konkreten Maßnahmen zur schrittweisen Erhöhung der tarifvertraglichen Abdeckung - natürlich alles unter uneingeschränkter Achtung der Autonomie der Sozialpartner. Das Ganze wird dann genauestens von der Europäischen Kommission überwacht.

Die Bundesregierung (und mit ihr etwa 20 andere Mitgliedstaaten, die die 80-Prozent-Marke noch nicht erreichen) muss also günstige Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass wieder mehr Verhandlungen zwischen Sozialpartnern aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen werden. Und glauben Sie mir, das wird ganz konkrete Auswirkungen haben auf die Lebensrealität vieler Menschen, auch hier bei uns im Ruhrgebiet. Denn eins ist schon lange klar: Tarifverträge sind der beste Weg, um zu fairen und gerechten Löhnen zu kommen.

Ein Anfang ist also gemacht. Mein Kampf für ein sozialeres Europa ist damit aber natürlich keineswegs vorbei. Ich werde mich dafür in Brüssel weiterhin mit all meiner Kraft einsetzen.

Auf Initiative der Europäischen Volkspartei: Kommission stellt Pflegestrategie vor

Eine weitere gute Nachricht aus Brüssel: Die Europäische Kommission hat am 7. September ihre [„Europäische Strategie für Pflege und Betreuung“](#) vorgestellt, mit dem Ziel, hochwertige, bezahlbare und leicht zugängliche Pflege- und Betreuungsdienste in der gesamten EU zu gewährleisten. Zudem soll die Situation der Betreuungs- und Pflegebedürftigen endlich auch europaweit verbessert werden. Denn wie wir vor allem in der Coronakrise gesehen haben: Klatschen allein bringt den Arbeiterinnen und Arbeitern in der Pflege rein gar nichts! Wir brauchen klare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, und diese möglichst schnell!

Da die Kompetenzen der EU im Bereich der Pflege begrenzt sind, besteht die Strategie vor allem aus Empfehlungen der Kommission an die Mitgliedstaaten. So sollen diese beispielsweise gezielt den sozialen Dialog und die Tarifverhandlungen fördern, für hohe Qualitätskriterien und -standards für Pflegeanbieter sorgen und

eine angemessene und nachhaltige Finanzierung der Langzeitpflege sicherstellen.

Bereits im Juli letzten Jahres hatte die EVP ein europäisches Rahmenkonzept zum Thema Pflege eingefordert. In dem [Positionspapier](#) unserer Fraktion haben sich meine Abgeordnetenkollegin Frances Fitzgerald und ich unter anderem für einen verstärkten Austausch von bewährten Praktiken und Daten zwischen den EU-Mitgliedstaaten eingesetzt. Dankenswerterweise hatte Kommissionspräsidentin von der Leyen das Thema dann in ihrer Rede zur Lage der Union vom September 2021 aufgegriffen und anschließend auch in das Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2022 aufgenommen.

Die Realisierung und konkrete Umsetzung der Pflegestrategie liegt nun vor allem beim Rat, der Kommission und den einzelnen Mitgliedstaaten. Ich werde diesen Prozess natürlich aufmerksam verfolgen und unterstützend begleiten.

Steigende Energiepreise - was macht eigentlich die EU?

Ohne jeden Zweifel erleben wir gerade eine der schwersten Krisen der Nachkriegszeit. Der Wirtschaftsstandort Europa ist wegen der astronomischen Energiepreise in größter Gefahr. Eine De-Industrialisierung muss mit allen Mitteln verhindert werden, gleichzeitig dürfen die Sanktionen gegen Putins Russland keinesfalls abgebaut werden. Gezielte Unterstützungsmaßnahmen sind deswegen dringend nötig, insbesondere auch für die vielen energieintensiven Unternehmen im Ruhrgebiet. Leider ist das aber genau ein Bereich, auf dem die deutsche Ampel-Koalition bisher kläglich versagt. Auch die nun erfolgte, bloße Ankündigung von 200 Milliarden löst noch keine Probleme. Bislang hat die Bundesregierung keine konkrete, ausgestaltete Idee, dafür hat sie unsere europäischen Partner mit ihrem Alleingang verärgert.

Zumindest aber die EU ist alles andere als untätig. Erst vor knapp zwei Wochen, am 30. September, haben die Energieminister der EU-Länder auf Vorschlag von Kommissionspräsidentin von der Leyen ein [neues Notfallpaket](#) angenommen, um die Energiepreise schnellstmöglich zu senken. Da geht es auch um „radikalere“ Maßnahmen, wie die Umverteilung der Überschusserlöse des Energiesektors oder eine Erlösobergrenze für bestimmte Stromerzeuger. Vereinbart wurden zudem schon verbindliche Schritte zur [Gasspeicherung](#) und zur [Senkung der Gasnachfrage](#) im Hinblick auf den Winter, sowie ein ganzes [Bündel an Maßnahmen](#) zur Diversifizierung der Energieversorgung, zu Energieeinsparungen und zur Beschleunigung der Energiewende.

Es geht also voran, wenn auch viel zu langsam für die Menschen und Unternehmen im Ruhrgebiet, in Deutschland und in Europa. Es besteht dringend weiterer Handlungsbedarf, ganz besonders bezüglich gezielter finanzieller Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung. Wir werden hier also weiter Druck auf die Ampel machen.

Mehr über mich und meine Arbeit!



Büro Dennis Radtke, MdEP

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60
B - 1047 Brüssel
Telefon: +32 2 28-45650
dennis.radtke@europarl.europa.e
u
www.cducusu.eu

Büro Dennis Radtke, MdEP

Europa-Büro Ruhrgebiet
Lyrenstr. 11 A
D - 44866 Bochum
Telefon: +49 2327 9643 14
buero@dennis-radtke.eu
www.dennis-radtke.eu

KONTAKTE & TEAM

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.
Sie haben die E-Mail erhalten, weil Sie sich für den Newsletter angemeldet
haben.

[Abbestellen](#)